

Satzung



Eisenbahner Turn- und Sportverein Witten 1923 e.V.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr

1. Der 1923 in Witten gegründete Verein führt den Namen „Eisenbahner Turn- und Sportverein Witten 1923 e.V.“.
2. Der Sitz des Vereins ist Witten.
3. Er ist am 25.11.1963 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Witten unter der Vereinsregisternummer 329 eingetragen und führt den Zusatz „e.V.“.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung des Sports sowie der Jugendarbeit. Zur Erreichung dieses Ziels hält der Verein regelmäßig Übungsstunden ab und stellt bei allen sich bietenden Gelegenheiten seine Tätigkeit in den Dienst der Öffentlichkeit.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
4. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Der Verein erwirkt durch Beschluss des Vorstandes den Eintritt und Austritt zu den notwendigen Organisationen der Selbstverwaltung des deutschen Sportes und zu den notwendigen Fachverbänden.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden.
2. Der Aufnahmeantrag muss schriftlich an den Vorstand des Vereins gerichtet werden. Bei Minderjährigen ist die Zustimmung der/s gesetzlichen Vertreters/in erforderlich.
3. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Die Ablehnung muss dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt werden. Juristischen Personen kann die Mitgliedschaft erlaubt werden, wenn sie den Zweck des Vereins aktiv unterstützen.

§ 4 Arten der Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus aktiven und passiven Mitgliedern und Ehrenmitgliedern.
2. Aktive Mitglieder nutzen die Angebote des Vereins im Rahmen bestehender Ordnungen.
3. Für passive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder einzelner Vereinsabteilungen durch Geld oder Sachbeiträge im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht.
4. Ehrenmitglied kann eine Person werden, die sich um den Verein oder das Sportwesen überhaupt besondere Verdienste erworben hat. Ehrenmitgliedern steht ein Stimmrecht zu. Die Ernennung erfolgt von der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes.

§ 5 Beiträge

1. Es sind ein Mitgliedsbeitrag und eine Aufnahmegebühr zu zahlen. Es können abteilungsspezifische Beiträge und Gebühren für besondere Leistungen des Vereins erhoben werden.
2. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge, der Aufnahmegebühr und der Gebühren für besondere Leistungen des Vereins, sowie die Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. Über die Erhebung und Höhe von abteilungsspezifischen Beiträgen und Gebühren für besondere Leistungen des Vereins entscheidet ebenfalls die Mitgliederversammlung.
3. Die Beiträge werden zum Fälligkeitstermin per Lastschriftverfahren eingezogen. Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen oder -pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden bzw. Mitgliedern die Teilnahme am Lastschriftverfahren erlassen.
4. Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein Änderungen der Bankverbindung und der Anschrift mitzuteilen.
5. Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen, sind dadurch entstehende Bankgebühren durch das Mitglied zu tragen.
6. Wenn der Beitrag im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht beim Verein eingegangen ist, befindet sich das Mitglied ohne weitere Mahnung in Zahlungsverzug. Der ausstehende Beitrag ist dann bis zu seinem Eingang gemäß § 288 Absatz 1 BGB mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.
7. Fällige Beitragsforderungen werden vom Verein außergerichtlich und gerichtlich geltend gemacht. Die entstehenden Kosten hat das Mitglied zu tragen.
8. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch den Austritt des Mitglieds
- b) mit dem Tod des Mitglieds
- c) durch Ausschluss aus dem Verein

2. Der Austritt ist dem Vorstand gegenüber schriftlich per Postkarte oder Postbrief zu erklären. Er ist unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen zum 30. Juni und zum 31. Dezember eines jeden Geschäftsjahres zulässig. Hiervon kann der Vorstand Ausnahmen zulassen.

3. Der Austritt von Minderjährigen bedarf der Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters.

4. Ein Austritt oder Ausschluss begründet keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

5. Dem ausscheidenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung gezahlter Beiträge zu.

§ 7 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder

1. Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres und andere Personen, die als geschäftsunfähig im Sinne der Regelungen des BGB gelten, können ihre Mitgliederrechte nicht persönlich ausüben. Diese werden durch ihre gesetzlichen Vertreter wahrgenommen.

2. Kinder und Jugendliche ab Vollendung des 7. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres üben ihre Mitgliederrechte im Verein persönlich aus. Ihre gesetzlichen Vertreter sind dagegen von der Wahrnehmung ausgeschlossen.

3. Geschäftsunfähige Mitglieder im Sinne der Regelungen des BGB, minderjährige Vereinsmitglieder, sowie ihre gesetzlichen Vertreter sind vom Stimmrecht ausgeschlossen. Kinder und Jugendliche ab Vollendung des 7. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres können in der Jugendversammlung ihr Stimmrecht in vollem Umfang ausüben.

§ 8 Ausschluss aus dem Verein

1. Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied trotz schriftlicher Mahnung seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt; grobe Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen schuldhaft begeht und/oder in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Ziele zuwiderhandelt.

2. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied berechtigt.

3. Der Antrag auf Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied samt Begründung zuzuleiten. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu dem Antrag auf Ausschluss Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom Vorstand unter Berücksichtigung einer zugegangenen Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Antrag zu entscheiden.
4. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit.
5. Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich unter Angabe von Gründen mittels eingeschriebenen Briefes mitzuteilen.
6. Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam.
7. Gegen den Ausschließungsbeschluss steht dem betroffenen Mitglied das Rechtmittel der Beschwerde an die Mitgliederversammlung zu. Diese ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses schriftlich an den Vorstand zu richten. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.
8. Über die Beschwerde entscheidet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung.

§ 9 Ordnungsgewalt des Vereins

1. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Regelungen dieser Satzung, sowie die Vereinsordnungen zu beachten, einzuhalten und insbesondere den Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane, Mitarbeiter und Übungsleiter Folge zu leisten.
2. Ein Verhalten eines Mitglieds, das nach § 8 dieser Satzung zum Vereinsausschluss führen kann, kann auch nachfolgende Vereinsstrafen nach sich ziehen:
 - a) Verweis
 - b) Geldbußen
 - c) Verminderung besonderer Befugnisse, z. B. Tätigkeitsverbot
 - d) Verminderung der Mitgliedschaftsrechte
 - e) Ausweisung (Hausverbot)
3. Das Verfahren der Vereinsstrafe wird vom Vorstand eingeleitet.
4. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen ab Zugang zu dem Beschluss Stellung zu nehmen.
5. Der Vorstand kann die Vereinsstrafe festsetzen. Es findet § 8 Absätze 6 - 8 analog Anwendung.

§ 10 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der geschäftsführende Vorstand
- c) der erweiterte Vorstand
- d) die Jugendversammlung

§ 11 Vergütung der Organmitglieder, Aufwendungsersatz, bezahlte Mitarbeit

1. Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.

2. Die Mitgliederversammlung kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vereins- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist der geschäftsführende Vorstand zuständig. Der geschäftsführende Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben.

3. Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage einen Geschäftsführer und/oder Mitarbeiter für die Verwaltung einzustellen. Im Weiteren ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke Verträge mit Übungsleitern abzuschließen. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht hat der 1. Vorsitzende.

4. Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Der geschäftsführende Vorstand kann durch Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Aufwandspauschalen festsetzen.

5. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendung mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.

6. Einzelheiten kann die Finanzordnung regeln.

§ 12 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
2. Die Mitgliederversammlung ist vom geschäftsführenden Vorstand mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung schriftlich mindestens 4 Wochen vor der Versammlung. Der geschäftsführende Vorstand kann eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Der geschäftsführende Vorstand hat schnellstmöglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens 10% (§37 BGB) der stimmberechtigten Mitglieder dies verlangen. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die Einladungsformalien der ordentlichen Mitgliederversammlung. Die Einladung erfolgt durch:
 - a) Aushang im Vereinsheim
 - b) Aushang in den Schaukästen
 - c) Verteilung der Einladungen durch die Abteilungen
 - d) Presseveröffentlichungen
 - e) Veröffentlichung im Internet
3. Jedem volljährigen Mitglied steht eine Stimme zu. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
4. Jedes Mitglied kann bis 14 Tage vor der Mitgliederversammlung begründete Anträge zur Ergänzung der Tagesordnung schriftlich beim Vorstand einreichen.
5. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
6. Die Entscheidungen der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen, jedoch
 - a) Die Entscheidung über eine Satzungsänderung ist mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder zu fällen.
 - b) Die Auflösung des Vereins ist auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit zu fällen, zudem müssen 50% der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein (§18BGB). Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben und werden nicht mitgezählt. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, ist innerhalb von 4 Wochen eine weitere außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Dann entscheidet die $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder über die Auflösung des Vereins
 - c) Eine Änderung des Vereinszwecks bedarf einer 100%igen Zustimmung aller Mitglieder des Vereins (§33, I BGB).
7. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von dem/der Versammlungsleiter/in und von dem/der Protokollführer/in (von der Mitgliederversammlung gewählt) zu unterzeichnen und muss von der nächsten Mitgliederversammlung genehmigt werden.
8. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für die folgenden Angelegenheiten zuständig:
 - a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Kalenderjahr
 - b) Feststellung der Jahresrechnung
 - c) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes

- d) Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer
- e) Entlastung des Vorstandes
- f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins
- g) Wahl des Vorstandes
- h) Bestätigung des Jugendvorstandes
- i) Bestätigung der Abteilungsvorstände
- j) Wahl der Kassenprüfer
- k) Beschlussfassung über Ordnungen und deren Änderungen
- l) Ernennung von Ehrenmitgliedern
- m) Festlegung der Beitragsordnung.

§ 13 Vorstand

1. Der geschäftsführende Vorstand des Vereins besteht aus:

- a) dem/der Vorsitzenden
- b) dem/der stellvertretenden Vorsitzenden
- c) dem/der Geschäftsführer/in
- d) dem/der Hauptkassierer/in

2. Der erweiterte Vorstand besteht aus:

- a) dem geschäftsführenden Vorstand
- b) dem/der stellvertretenden Hauptkassierer/in
- c) den Vertretern der Abteilungen
- d) dem/der Jugendwart/in
- e) dem/der Sozialwart/in
- f) dem Ältestenrat

3. Der Verein wird durch die/den Vorsitzende/n oder den/die Hauptkassierer/in im Sinne des §26 BGB vertreten. Sie sind jeweils alleinvertretungsberechtigt. Als geschäftsführender Vorstand sind gemäß §26 BGB folgende Personen ins Vereinsregister einzutragen:

- a) Vorsitzende/r
- b) Hauptkassierer/in

Der geschäftsführende Vorstand gemäß §26 BGB sollte zu mindestens 50% aus ehemaligen oder aktuellen Eisenbahnbediensteten bestehen.

4. Der Vorstand der Jugend wird durch die Jugendversammlung und die Abteilungsleiter durch die Abteilungsversammlungen gewählt. Alle bedürfen der Bestätigung durch die Mitgliederversammlung. Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer gewählt ist.

5. Der/die Vorsitzende, im Verhinderungsfall der/die stellvertretende Vorsitzende, beruft und leitet die Sitzung des Vorstandes. Er/Sie ist verpflichtet, den Vorstand einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder aber wenn dies von der Mehrheit der Vorstandsmitglieder verlangt wird.

6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der/des 1. Vorsitzenden

7. Der Vorstand kann zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben Ausschüsse einrichten, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen und beraten.

8. Die Vorstandsmitglieder verteilen nach eigenem Ermessen die anfallenden Arbeiten. Der Vorstand gibt sich eine eigene Geschäftsordnung

9. Folgende Mitglieder des Vorstandes werden für 2 Jahre gewählt. Der Wahlrhythmus ist wie folgt: in geraden Jahren:

- a) der/die Vorsitzende
- b) der/die Geschäftsführer/in

in ungeraden Jahren:

- a) der/die stellvertretende Vorsitzende
- b) der/die Hauptkassierer/in

Folgende Vorstandsmitglieder werden jährlich gewählt:

- a) der/die stellvertretende Hauptkassierer/in
- b) der/die Sozialwart/in
- c) der Ältestenrat (max. 7 Mitglieder)

Eine Wiederwahl ist zulässig. Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes aus dem Amt, ist in der nächsten Mitgliederversammlung für die Restamtszeit eine Neuwahl vorzunehmen. Eine kommissarische Besetzung durch den Vorstand ist bis zur nächsten Mitgliederversammlung möglich.

§ 14 Jugend des Vereins

1 Die Jugend des Vereins ist die Gemeinschaft aller Mitglieder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und ist zuständig für alle Jugendangelegenheiten des Vereins.

2. Die Jugend führt und verwaltet sich im Rahmen der Satzung und der Ordnungen des Vereins selbstständig. Sie entscheidet über die Verwendung ihr zufließender Mittel selbstständig.

3. Organe der Vereinsjugend sind:

- a) der/die Jugendwart/in und
- b) die Jugendversammlung.

4. Das Nähere regelt die Jugendordnung, die von der Jugendversammlung des Vereins beschlossen wird. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung.

§ 15 Kassenprüfung

Die ordnungsgemäße Buch- und Kassenführung des Vereins wird regelmäßig durch zwei von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer/innen geprüft. Diese erstatten der Mitgliederversammlung einen Prüfungsbericht. Es ist auch möglich, dass die

Kassenprüfung bzw. Erstellung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aus dem Verein herausgenommen und an eine(n) Wirtschaftsprüfer/in oder Steuerberater/in übertragen wird.

§ 16 Auflösung des Vereins

1. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen an den Verband Deutscher Eisenbahner-Sportvereine e.V. mit der Zweckbestimmung, dass dieses Vermögen unmittelbar und ausschließlich zur Förderung der Jugendarbeit in Eisenbahner-Sportvereinen zu verwenden ist.

2. Die Liquidatoren werden von der Mitgliederversammlung gewählt.

§ 17 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung wurde am 26.11.2010 von der Mitgliederversammlung beschlossen.